

Ein Vertrag für die Zukunft Europas!



Das soziale
Deutschland.

Die europäischen Staats- und Regierungschefs haben im Dezember 2007 in Lissabon einen neuen Grundlagenvertrag für die Europäische Union unterzeichnet, den Vertrag von Lissabon. Er legt das Fundament für eine demokratische, soziale und handlungsfähige Europäische Union der Zukunft.

- **Den Vertrag von Lissabon zügig ratifizieren:** Jetzt kommt es darauf an, dass der Vertrag von Lissabon möglichst bald von allen EU-Mitgliedstaaten ratifiziert wird, damit er noch vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2009 in Kraft tritt. In Deutschland sind aktuell Bundestag und Bundesrat mit der Ratifikation des Vertrages befasst. Ziel ist es, den Ratifizierungsprozess in Deutschland noch vor der parlamentarischen Sommerpause abzuschließen.
- **SPD als treibende Kraft:** Die SPD war von Beginn an entscheidender Impulsgeber für eine Reform der Europäischen Union. Mit Entschlossenheit wollen wir daher auch die letzten noch notwendigen Schritte auf diesem Weg gehen.
- **Mehr Demokratie für Europa:** Der Vertrag stärkt die Rechte des Europäischen Parlamentes deutlich. Es wird zu einem echten europäischen Gesetzgeber. Auch die Einbeziehung der nationalen Parlamente in die europäische Politik wird verbessert. Mit der neuen Möglichkeit einer europäischen Initiative von Bürgerinnen und Bürgern wird deren direkter Einfluss auf die EU-Gesetzgebung gestärkt.
- **Für ein soziales Europa:** Die Europäische Union wird deutlicher als bisher auf sozialdemokratische Werte und Ziele festgelegt. Das Prinzip der „sozialen Marktwirtschaft“ wird grundlegendes Unionsziel. Bei den Werten der Union treten an die Seite von Freiheit, Demokratie und den Menschenrechten auch Werte wie Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit und Solidarität. Hinzu kommt: Die EU-Grundrechtecharta, die zukünftig rechtsverbindlich sein wird, enthält soziale Grundrechte, die wir gegen den Widerstand von Konservativen und Liberalen in Europa durchgesetzt haben.
- **Für ein handlungsfähiges Europa:** Die außenpolitischen Kompetenzen der EU werden in der Hand eines Hohen Vertreters gebündelt, der künftig die Rolle eines EU-Außenministers ausüben wird. Mit einem auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten des Europäischen Rates gewinnt die europäische Politik an Sichtbarkeit in der Welt. Wichtig ist zudem, dass Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat erleichtert werden.